

9. November 1890.

Erhältlich wöchentlich.
Abonnementpreis
R. 1.— pro Quartal.
zu bezahlen durch
alle Buchhandlungen
und Postanstalten.
Post-Nummer: 4248

Abonnement
für die Tischlerzeitung
S. 254.
für Betriebs- und
Berufsmag. 15 R., und für
Stellvertretungen 10 R. pro Beitzelle.
Beilagen
nach Vereinbarung.

Neue Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlereigemehres

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgeissen, des Verbandes deutscher Architekten, sowie des Central-Arbeits- und Sterbe-Kreises der Tischler etc. und des Central-Arbeits- und Sterbe-(Tischler-)Kreises aller Arbeiter Deutschlands.

Herausgeber: W. Gramm; verantwortlich für die Redaktion: Rich. Müller; verantwortlich für die Expedition: W. Müller; sämtlich in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Personeninstanz und Geschäftssocialismus.

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht die "Sächsische Arbeiterzeitung" nachfolgenden Artikel:

"Ein Unsug, der nicht scharf genug gerügt werden kann, hat in neuerer Zeit innerhalb der Partei in recht bedeutsicher Weise Platz gegriffen: Es ist die Unsitte, mit denjenigen Genossen, die durch hervorragende Thätigkeit sich einen Namen gemacht, oder die durch das Glück des Wahlserfolges oder aus anderen Gründen an die Oberfläche der Gesellschaft geworfen wurden, einen wahrhaft widerlichen Kultus zu treiben. Nicht nur in den Schauspielen der Buchhandlungen stehen wir die Portraits unserer parlamentarischen Vertreter, nein, auch in den Hütten, auf Tabaks- pfeifen, Manschettenknöpfen, Broschen, Streichholz- büchsen, Medaillons und Medaillen, kurz auf allen Dingen, die einem Abzug bei der Masse hoffen lassen, finden wir sie."

Wir haben oft genug darüber gespottet und gehöhnt, wenn mit fürstlichen Personen, mit Kunst- und Theatergrößen und dergl. ein solcher Göhndienst getrieben wurde, wenn uns solche Personen alle Tage in anderen und immer unfinnigeren Situationen vorgeführt wurden. Aber haben wir, wenn wir ganz ehrlich sein wollen, wirklich ein Recht zum Spott, wenn wir das oben Gerügte in Betracht ziehen?

Wir lachen über den Handel mit Heiligenbildern und andere äußerliche Zeichen frommen Kirchenglaubens, aber glaubt man nicht im Geiste die Schelle zu vernichten, die alle Gläubigen auf die Knie zwingt, wenn wir auf Schrift und Print auf das Portrait irgend eines "Werkämpfers" schauen?

Ja, wenn es noch die Todten wären! Das könnte man sich schon gefallen lassen, denn warum soll die Danbarkeit nicht darnach trachten, die Züge eines gefallenen braven Genossen sich dauernd zu vergegenwärtigen? Wir wollen es auch gelten lassen, wenn man die Porträts einzelner Männer, die Jahrzehnte lang in aufopferungsvoller Weise an hervorragender Stelle für die Sache des Volkes gestritten haben, in den Buchhandel gebracht werden, selbst Gruppenbilder der Reichstagsfraktion sollen noch Gnade vor unseren Augen finden, denn sie sollen einen gewissen historischen Werth haben, aber was darüber ist, das ist entschieden vom Uebel.

Wer bürgt uns denn dafür, daß alle diese modernen Heiligen die Aarbeitung, die in solchem Widerstande ausgedrückt liegt, auch wirklich verdienen?

Wir wollen keinem zu nahe treten, aber wie viele haben eine Zeitlang an der Oberfläche geflängt und sind wieder verschwunden, mitunter auf recht unruhige Weise!

Beischwör nicht gerade dieser Kultus die Gefahr heraus, daß die also gefeierten Genossen sich für etwas Besseres halten als das Gros der Partei? Begünstigt er nicht die Eitelkeit und die Überhebung und dadurch die Untreue an den Grundlagen der Demokratie?

Müssen wir nicht befürchten, daß ein Teil der Genossen, namentlich der jüngeren und weniger fasselstarken, die Verhüttung seiner Gesinnung vorzugsweise in solchen Neuerlichkeiten sucht?

Wir übersehen diese Gefahr keineswegs, aber zweifellos ist sie vorhanden, und auf jeden Fall ist ein solcher Kultus unmöglich für Männer, die Sozialdemokraten sein wollen. Nicht in Neuerlichkeiten, sondern in seinem Handeln und in seinem Werk soll der Genosse seine Gesinnung bestätigen.

Forschen wir nach den Ursachen, so finden wir, daß die Partei als solche an der Sache ziemlich unschuldig ist, denn ein Bedürfnis nach solchen porträtmässigen Gebrauchsgegenständen oder glänzenden Medaillen, die neuerdings auch bei jedem Anlaß geprägt werden, ist nicht vorhanden. Es existiert aber eine kleine Gruppe von Genossen, die es sich zum Erwerb machen, solchen Firlefanz zu fabrizieren und an den Mann zu bringen. Es

ist die nackte Privatspekulation, nichts weiter. Bei jeder Gelegenheit wird dergleichen Geug angeboten und Mancher glaubt kein guter Genosse zu sein, wenn er nicht all diesen Krempel kauft und zur Schau trägt — unterstützt er doch damit einen Genossen.

Wir wollen garnicht behaupten, daß diese heutigen Sozialisten geworden seien, um ein Geschäft zu machen, aber zweifellos benutzen sie ihren Sozialismus und ihre Parteugehörigkeit, um Geschäft zu machen — und das ist verwerthlich. Das ist eine Brandstiftung der Genossen, die nicht länger gebuhlt werden darf. Ernähre sich jeder, so gut er kann, aber lasse er die Partei dabei aus dem Spiele, denn sie soll nicht eine mitleidende Kuh für stiefsame Geschäftslente sein. Wer nicht der Partei um ihrer selbst willen dienen kann, der bleibe ihr fern."

Soweit das Dresdener Arbeiterblatt. Wir können dessen Ausführungen nur aus vollem Herzen unterstützen, wollen aber nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß es leider nicht das erste Mal ist, daß diese Unsitte in der Parteipresse ihre ernste Rüge findet. Sogar ein tabellenber Kongressbeschluss existiert zu dieser Angelegenheit bereits. Trotzdem hat das Uebel im Laufe der Jahre eher zu- als abgenommen, bis zu den Manschettenknöpfen und Bündholzbüchsen ist man

früher noch nicht heruntergekommen, man begnügte sich mit Biergläserdeckeln und Pfeifensköpfen, auf denen die grausam zugestutzten Köpfe berühmter Volksmänner prangen. Außerdem wurden früher nur Photographien und Gruppenbilder in den Handel gebracht, wogegen sich am Ende nicht viel ägen läßt, da die liebe Neugierde eine allgemeine menschliche Schwäche ist.

Aber was zu viel ist, ist zu viel, und der Tadel, dem die "Arbeiterzeitg." so berechtigt Worten gleich, ist ebenso berechtigt, als es immerhin schwer halten wird, dem Unsug mit Erfolg zu steuern. Wir kennen dazu nur ein Radikalmittel und das besteht darin, daß die Genossen überall dahin wirken, daß dem Ausliegen und Verkauf der betr. Gegenstände in den Arbeiterversammlungen entgegengetreten werde. Finden sich erst keine Käufer mehr, dann verschwindet der Schand von selbst vom Markt. Auch die Expeditionen der Parteiblätter könnten zur Einschränkung des Unsugs beitragen, wenn sie Annoncen mit Ankündigungen von allerlei Gegenständen gezeigt mit den Porträts von etc. die Aufnahme verweigerten.

Wenn dann noch die "bewährten" Genossen selbst den Versuchungen der diversen Litho-, Photo- und sonstigen "Graphen", welche sich an sie herandrängen und zum "Eben" zu bewegen suchen, mehr Widerstand entgegenziehen, als dies bisher geschehen ist — wirklich zum Schaden für das männliche Renommé der betr. Genossen selbst, denn manche der Bilder sind wirklich himmelreichend — dann wird der Unsug ja wohl verschwinden. Aber auch nur, wenn alle Betheiligten zusammen helfen, läßt sich das gewünschte Ziel erreichen. Schöne Worte und "ütliche Entlastung" allein thun es nicht.

Büntlerisches.

Wo alles nicht lange statl. steht, kann' das auch nicht in Deutschland die Büntler das Handwerk heben — dürfen die des lieben Vaterlandes nicht müßig zulieben. Um zum "mitzubeden", hatten sich die Angehörigen des alten Tischlerzünfts, die in der mecklenburgischen Hauptstadt überbaupr. die erste Geige spielen, am 20. Oktober in Rostock in ihrem zweiten Verbstag medeklenburgischer Tischler-Annungen zusammen gefunden. Betereten waren die Annungen von Schwerin 3 Delegirte, Rostock 6 Delegirte; Goldberg 1 Delegirter, Güstrow 2 Delegirte; Grevesmühlen 1 Delegirter; Wismar 1 Delegirter; Wismar 2 Delegirter; Barthim 1 Delegirter; Lübeck 1 Delegirter; Teterow 1 Delegirter, zusammen also 19 Annungen durch 19 Delegirte. Man sieht also, daß in quantitativer Beziehung mit diesem Tag nicht viel los war. Und seine qualitative Leistung? Nun diese war die gewohnte Durchdringungsleistung aller Büntlerzünfte: Vortheile

für die Meister, Unterdrückungsmaßregeln gegen die Gesellen.

Bei den unter der Leitung des bekannten Schreiner-Obermeisters, Herrn Miron, über das Verbandsstatut geplagten Debatten waren besonders die über die Höhe des Eintrittsgeldes und der Beiträge interessant. Nach langer Diskussion, ob die Herren Verbandsinnungemeister in der Lage sind, pro Jahr 30 oder nur 10 ♂ Beitrag zu leisten, einigte man sich schließlich auf — 20 — geschrieben zwanzig Pfennige.

Damit kein Widerspruch aufkommt, betonen wir nochmals ausdrücklich, die 20 ♂ sollen nicht Wochen- oder Monats-, sondern Jahrebeitrag sein. Allen Respekt vor demnig Sperrnuth. Wo die Innungemeister solche Kraftanstrengungen machen, das handwerk zu haben, da muß es bald noch viel höher, als auf den Stand des 15. oder 16. Jahrhunderts kommen. Doch Scher bei Seite, schämen sich denn die biederen Herren Büntler, die sich doch bei jeder Gelegenheit als die alleingängigen Repräsentanten des Handwerks und besten Stützen von Staat und Gesellschaft ausstellen, wirklich nicht, um solcher paar Pfennige willen auch mit öffentlich zu debattiren? Oder aber wie elend muß die wirtschaftliche Lage dieser Vermissten sein, wenn sie für ihre Organisationsbestrebungen und zur Förderung ihrer Interessen nur 20 ♂ im Jahre aufzutragen können? Da möchten wir den guten Leuten doch in allem Gnade raten, ihre Meisterleute lieber an den Nagel zu hängen und als Schellen zu arbeiten, denn diese sind, trotz der miserablen Löhne, die fast überall gezahlt werden, doch immer noch in der Lage, für die Zwecke ihrer Organisation mindestens das Hundertfache zu opfern.

Was so schlimm wird's wohl noch nicht mit den Herren mecklenburgischen Innungemeistern stehen. Die meisten werden noch nicht mit Verbürgern sein. Es sind eben auch Büntler. Und wie alle Büntler, so wollen auch die Mecklenburger ihre Lage nur durch Vorrechte für sich und Unterdrückung und Bedormündung der Gesellen verbessern. Daher auch in Rostock das Verlangen nach dem Verbringungsprivilegium für die mecklenburgischen Tischlerinnungen und der das zu den Rostocker Innungemeistern zu viel Ehre anthun wenn wir sie für die Niederer den genialen Idee Kostadververe und einen Ausflachververeband zu gründen, halten, doch in dieser Form sind wir diesen Gedanken sonst noch nicht begegnet. Der Rostocker Ansatz berichtet über diesen Punkt:

Der Punkt 5 der Tagesordnung der nur zur Verhandlung gelangt: "Weitere Gesellenbewegung und die Stellungnahme des Verbandes dazu", rief eine lebhafte Diskussion hervor. zunächst lagt ein Antrag der Rostocker Innung vor, wodurch nämlich dem Wulden der iug. Fachvereine entgegen zu treten gesucht werden soll. Derlebe lautet: "Die einzelnen Annungen verpflichten sich mit großer Kraft dahin zu freben und selbst few Över zu idenzen, um Vereine für diejenigen Gesellen ins Leben zu rufen, die einem Fachverein nicht angehören wollen, und dabu zu rufen, daß die iug. Fachvereine entgegen gesetzt werden mögen". Der Antrag findet allzeit Unterstützung und wird angenommen. Der Antrag findet allzeit Unterstützung und wird angenommen.

Bei Erfolg des Sozialistengesetzes befinden in Deutschland 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Der gesammte Abonnentenstand beliefen sich im Januar 1890 nicht über 160 bis 170 000, nicht über 100 000 haben. Von den 42 politischen Zeitungen erzielen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal und 13 wöchentlich einmal. Diese genannte Preise wurde noch Verhängung des Sozialistengesetzes vollständig vermieden. Die gegenwartig vorliegenden Preise in ciò erfüll unter dem Sozialistengesetz entstanden und kostet bei Absatz derselben Ende September folgenden Stand:

Es erschienen wöchentlich sechsmal 12 Blätter, welche zwischen 20 000 und 1100 im Ganzen 120 400 Abonnenten hatten, wöchentlich dreimal 25 Blätter, welche zwischen 3000 und 2500 im Ganzen 85 600 Abonnenten hatten, wöchentlich zweimal 6 Blätter, welche zwischen 6000 und 4500 im Ganzen 14 500 Abonnenten hatten, wöchentlich einmal 10 Blätter, welche zwischen 14 500 und 1000 im Ganzen 80 500 Abonnenten hatten. Zusätzlich als 10 politische Blätter mit 254 100 Abonnenten.

Der Stand der Gewerkschaftszeitung war folgender:

Es erschienen wöchentlich einmal 17 Blätter, von welchen eines 27 000 das zweite 16 000 das dritte 15 000, das vierte 12 500 das fünfte 11 000, das septe 800 Abonnenten hatte. Im Ganzen hatten diese Blätter 150 700 Abonnenten. Wöchentlich zweimal 4400 Abonnenten, alle 14 Tage einmal 20 Blätter welche zwischen 3000 und 4000 im Ganzen 29 700 Abonnenten hatten, monatlich einmal 2 Blätter mit zusammen 1500 Abonnenten. Zusätzlich 41 Blätter mit 201 000 Abonnenten.

Bei den angeführten Blättern fanden weiter: eine zwölftägliche Zeitung die monatlich zwischen 2 000 Abonnenten hatte ein Unterhaltungsblatt, wöchentlich erstmals mit 10 000 Abonnenten und zwei Blätter mit über 100 000 Abonnenten.

* Seien uns bekannt, und von den hier nach Abonnentenzahl aufgezählten 5 Gewerkschaftsblättern das erste, mit 27 000 Abonnenten. Der Gewerkschaftsleiter, Organ des Unterhaltungsvereins der deutschen Fabrikarbeiter, das zweite, mit 16 000 Abonnenten, die "Metallarbeiter-Zeitung", das dritte, mit 15 000 Abonnenten, die "Fachzeitung für Schreiner"; das vierte, mit 12 500 Abonnenten, "Der Zimmerer" und das fünfte, mit 11 000 Abonnenten, "Die Neue Tischler-Zeitung". Von diesen 5 Blättern sind das erste, dritte und vierte bei den Gewerkschaftsverbänden dieser Gewerke obligatorisch eingeführt. Auch die "Metallarbeiter-Zeitung" soll in vielen Fabrikenen obligatorisch sein, was dagegen bei der "Neuen Tischler-Zeitung" unseres Wissens nur in 5 oder 6 Orten der Fall ist. Bei einer obligatorischen Einführung der selben seitens des Verbandes würde sie hinsichtlich der Auflage an die zweite Stelle treten, da sie z. B. auch in Niedersachsenorten noch über 4000 Abonnenten hat.

Angesammt hat also die deutsche Arbeiterkasse
ca. 600 000 Abonnenten.

Mehrere Stadtverwaltungen haben der Aussiedlung,
den Wohnungsbauskästen ihrer Büdner mitzuhelfen, nicht
befriedigt und konnten in der obigen Aussiedlung nicht
berücksichtigt werden.

Berufe und Besammlungen.

Häfner. Am 28. v. M. hielt die hiesige Kahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes eine von ca. 120 Personen besuchte Mitgliederversammlung ab. Darauf verfasste der Häfner die Abrechnung vom Reservefonds. Darauf war die Einnahme vom 31. August b. J. bis zum 25. Oktober d. J. M. 2372.40, die Ausgabe A. 1797.60. Hassenbach A. 574.80. Von den ausgedehnten A. 1797.60 wurden an die Zentralstreitkommission nach Stuttgart gespendet A. 1143, die hiesigen freien Holzarbeiter erhalten A. 200, die Hamburger Arbeiter A. 226, die Glasmacher in Bergedorf A. 50, drei hiesige fränkische Kollegen je A. 30 zusammen A. 90. Die übrige diebstähnliche Summe wurde für Porto, Schreibmaterial und Postkarten bei öffentlichen Versammlungen veranschlagt. Nach Beendigung des Streiks im vorigen Jahre begabten sich acht Wochen lang je 50 d. Tannen wurde die Erbschaft auf 20 A. herabgesetzt. Anfangs wurden immer in den Versammlungen die Summen schriftlich, welche nach Stuttgart gefordert werden sollten, später jedoch beschlossen, von den eingehenden Extraarbeitskräften regelmässig 50 Prozent an die Rentenversicherungsanstalt abzufinden. Während dieser Zeit vom 20. Juni bis 25. Oktober wurden insgesamt 2880 Marken à 20 A verkauft und A. 396 nach Stuttgart geschickt. Wenn nun auch aus der Spezialabrechnung zu erscheinen war, dass einige Kollegen ihren Verpflichtungen nicht voll nachkommen sind, so können wir doch sagen, dass die große Mehrzahl der Kollegen begriffen hat, dass ohne Erfolg für unsere Sache zu hoffen ist und haben demgemäß ihre Tafeln nicht zugehalten. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl der Lohnkommission vorgenommen. Diese fiel auf die Kollegen Körpe, Siegler, A. Vor. Adolph und Mann. Ferner wurde die Abrechnung von unserem letzten Wall vorgetragen, wonach ein Überblick von A. 80 erzielt worden. Die Versammlung beschloss einstimmig, diese A. 80 den Familien der hier in diesem Schlaufe verurteilten Arbeitnehmer der Lohnkommission der Holzarbeiter zu überweisen. Bevölkerung des 1. Mai setzt noch nachdrücklich erwähnt, dass wir weiteren damaligen Schlägen, an dem Tage zu feiern, nachdrücklich wieder aufgehoben haben, weil wir hier die einzige Gewerkschaft gewesen wären, die gefeiert hätte. Dagegen beschlossen wir, von dem am 1. Mai verfeierten Tagelohn je A. 1.50 an die Zentralstreitkasse abzugeben, welchem Mitgliedern, die hiesige Kahlstelle damals gehörte. Die auf diese Weise aufgebrachten A. 230 wurden nach Stuttgart gesandt. Am Schluß des dritten Quartals umfasste unsere Kahlstelle 300 Mitglieder und sind es nur noch wenige, welche uns fernbleiben. Wir werden natürlich auch aufstellen und nicht eher ruhen, bis auch diese Kollegen noch in unsere Reihen eingetreten sind. Wir rufen dienen zu, sich möglichst bald aufzutun, sich uns anzuschließen und unter Nachzogen zu feiern, damit sie daraus erschauen, wie die Dinge in unserem Gewerke im übrigen Deutschland liegen. D. h. dass sie erfahren, dass noch sehr viele Kollegen noch viel schlechter daran sind als wir. Diesen muss zunächst geboten werden. „All für einen, einer für alle.“ Das sei unsere Lösung.

Wendburg. Eine merkwürdige Geschichte ist von hier zu berichten. Die Tischlerergenossen T. und B. waren jetzt vier Wochen in der hiesigen Kaserne des 86. Infanterie-Regiments mit Fußbodenlegern beschäftigt. Während dieser Zeit wurden den Genannten außer einer kleinen Krenzhölzchen und einer dem B. gehörigen neuen Ehefrau drei neue 1½ Föll stärke, 7 Zoll breite und 14 bzw. 16 Zoll lange Bretter gestohlen. Schreiber dieses hat zehn Sommer auf Bauteile gearbeitet, an denen meistens noch gar keine Haustüren waren, ohne dass ihm das Geringste abhanden gekommen wäre. Und hier in der Kaserne, wo der Ausgang von Posten streng bewacht wird, muss er sich beschließen lassen. Wie das möglich ist erstaunt, als ein Mäthiel. Bei einer vorgenommenen Kaserneinspektion wurde zwar eine Menge altes Holz aber keine neuen Bretter gefunden.

Pennep. Den Kollegen allerorts zur Nachricht, dass es uns mit vieler Mühe gelungen ist eine Kahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes zu gründen. Am 12. Oktober hatten wir zu diesem Zweck eine öffentliche Mitgliederversammlung einberufen, zu welcher uns Kollege Paul Gräfer aus Elberfeld einen Vortrag über „Arbeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation“ zugelassen hatte. Da die Versammlung sehr schlecht besucht war und Kollege Gräfer nicht vor leeren Stühlen sprechen, die Versammlung aber auch nicht resultlos verlaufen, lösste er den Vorsitz eine Kahlstelle auf, gründete was auch geschieht, indem sich sofort acht Kollegen zum Beitrag meldeten. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt und zwar: Ern. B. Biedenkopf, Sieggspe 1, zum Vorsitzenden. Hob. B. Zahl, die Reiseunterstützung aus. Am 1. November hatten wir die erste Mitgliederversammlung in welcher der provisorische Vorstand durchsetzt wurde, sich auch noch vier Mitglieder aufnehmen ließen, so dass wir jetzt 12 zählen. Es ist das freilich noch höchst wenig in Abbruch, dass hier 80 Kollegen arbeiten. Doch wie werden auch möglich sein und hoffen, dass wir auch die anderen nach und nach heranziehen werden. Wir haben

doch nun wenigstens festen Boden, auf dem wir weiter arbeiten können.

Häfner. Eine Generalsammlung der Kahlstelle Hannover des Deutschen Tischlerverbandes fand am 1. November im großen Saale des „Odeon“ statt. Zu verschiedenen waren sämmtliche Tischler Hannovers und Linden eingeladen und sehr zahlreich erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Stellungnahme zu dem Beschluss der Innungsmeister Nachmittag der Häfner die Abrechnung verlesen, woraus ersichtlich, dass dem Verband hier jetzt über 600 Kollegen angehören, wurde demselben von der Versammlung einstimmig Verabschiedet. Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häfner und Bevollmächtigte zu gewähren. Es kommt nun das Vorgehen der Innungsmeister zur Sprache,

welche in ihrer Versammlung am 29. Oktober beschlossen haben, die 10-stündige Arbeitszeit vom 1. November an wieder einzuführen. Ferner wurde folgende Werkstattdis-

ordnung beschlossen: Hierauf wurde beschlossen,

stetig 3 Prozent der Einnahme als Entschädigung für Häf

Arbeiterbewegung einen guten Rang habenden Personen berufen wollen, gegen einen Beweis abgetreten. Wer hat die Personen denn mit dem guten Rang, daß sie eine solche wichtige Behauptung einer Bedeutung als Zeugen dienen können? Wer sind die Zwangs-lassen denn, welche mit niedrigen Beiträgen mehr leisten als die Hälftassen? Beweise her, sonst bleiben vorläufige Behauptungen ein reines Stroh! Nichtig wären es gewesen, entweder die Personen mit gutem Rang hätten mindestens an der Hand amtlicher Statistik ihre Behauptung machen müssen, oder die Redaktion selber. Da beide es nicht gethan, sei hier die Statistik, soweit sie mir zur Hand, den Lesern vor Augen geführt, aus dieser kann man die obige Behauptung im Lichte der wahren Thatsache erkennen!

In dem Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik zweiter Jahrgang, viertes Heft, Herausgeber Dr. P. Braun finden sich folgende Aufschlüsselungen:

Danach beließen sich die Ausgaben für Krankenunterstützung einschließlich der Verwaltungskosten im Jahre 1887 insgesamt auf die Summe von M. 61.068.262; nach Abzug der Verwaltungskosten, die mit 9%, p. p. berechnet sind, auf M. 55.292.067. Die Ausgaben für Krankheitskosten verteilen sich wie folgt: für ärztliche Behandlung wurden 29 p. p., für Arznei und sonstige Heilmittel 15,6 p. p., für Krankengeld 48,2 p. p., für Unterstüzung an Wochentinnen 1,3 p. p., für Sterbegelder 4,8 p. p., Versorgungskosten an Alstalten 10,4 p. p. verwendet. Auch bei dieser Berechnung sind die Kosten für Arzt und Medizin für Arbeitsfähige und Familienangehörige eingerechnet.

Über das Jahr 1888 liegen uns in dem genannten Werk noch keine Angaben vor. Danach waren am Schluß des Jahres 1885 vorhanden:

	Auf	Mitglied	Auf	Mitglied
Gemeinde-Krankenversicherungen	7024	584 584		
Orts-Krankenkassen	3693	1 534 888		
Betriebs-Krankenkassen	5473	1 261 200		
Bau-Krankenkassen	83	12 115		
Zinnungs-Krankenkassen	224	24 879		
Eingeschriebene Hälftassen	1805	730 722		
Landestrechtl. Hälftassen	471	143 785		
Summen	18 776	4 294 173		

Die Erstanfangshäufigkeit und die durchschnittliche Dauer eines Krankheitssatzes berechnet sich bei diesen Mitgliedern folgendermaßen:

	Erstanfangs- Durchschnittliche Häufigkeit Dauer eines Krank-	100 Mitgli. heftasseles in Tagen
Gemeinde-Krankenversicherung	37,9	12,3
Orts-Krankenkassen	40,1	14,2
Betriebs-Krankenkassen	52,4	12,5
Bau-Krankenkassen	56,2	14,7
Zinnungs-Krankenkassen	60,6	8,8
Eingeschriebene Hälftassen	39,5	17,6
Landestrechtl. Hälftassen	29,3	23,5
Im Ganzen	43,2	14,1

Die Ausgaben der Kosten für Unterstützungen aller Art berechnen sich wie folgt:

	Auf	Mitglied	Auf	Mitglied
Überhaupt	ein	einen	Fall	Fall
Gemeinde:	M.	M.		
Krankenversicherung	3 900 343	73	19,3	
Orts-Krankenkassen	14 729 500	9,7	24,2	
Betriebs-Krankenkassen	17 493 597	14,2	27,2	
Bau-Krankenkassen	284 006	16,2	2	
Zinnungs-Krankenkassen	211 217	9,2	15,1	
Eingeschriebene Hälftassen	8 990 433	13,4	33,1	
Landestrechtl. Hälftassen	1 691 025	12,1	40,5	
Im Ganzen	47 400 121	11,4	26,4	

Um nun zu zeigen, in welch tendenziöser Absicht die Ausgaben für Arzt und Medizin und Krankengeld im Jahre 1885 in der amtlichen Begründung weggelassen wurden, wollen wir sie hier noch anfügen. Es wurden im Jahre 1885 ausgegeben:

	Arzt	Medizin
Für ärztliche Behandlung	9 060 945	
Für Arznei und sonstige Heilmittel	7 072 016	
Krankengelder { an Mitglieder	23 717 376	
an Angehörige	241 547	
Unterstützung an Wochentinnen	659 054	
Sterbegelder	2 188 448	
Versorgungskosten an Alstalten	4 460 735	

Was beweisen nun die gewissenhaften statistischen Angaben? Sie beweisen unbestreitbar, daß die freien Kassen mehr leisten, wie die Zwangskassen. Denn ebenso wie die Erstanfangshäufigkeiten bei älteren geringer sind wie bei jüngeren, so doch die durchschnittliche Dauer eines Krankheitssatzes bei den freien Kassen erheblich länger als bei den Zwangskassen und demgemäß die Aufwendung für jeden einzelnen Fall eine bedeutend höhere. Aber selbst bei Durchschnittsbetrag der geleisteten Unterstützung auf ein Mitglied berechnet, zu dessen Höhe die freien Kassen durchaus wesentlich beitragen, wird nun dennoch noch um fast zwei Prozent übertroffen. Wo bleibt also die Minderleistung der freien Kassen gegenüber den Zwangskassen?

Über ande in Bezug auf die Behauptung daß heute schon viele Kassen bis zu 26 Wochen und darüber hinaus die Unterstützungsduar angehoben hatten, in die Annahme eine irgende, denn nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1888, wird das Gegenteil beweisen. Darum befreist sich die Unterstützungsduar wie folgt:

Wochen	13	26	mehr
Gemeinde-Krankenversicherung	100	—	—
Orts-Krankenkassen	50	16,7	3,4
Betriebs-Aktiv-Krankenkassen	67,2	19,7	11,1
Bau-Krankenkassen	97	—	—
Zinnungs-Krankenkassen	77,8	19,7	2,5
Eingeschriebene Hälftassen	33,2	27,2	29,6
Landestrechtl. Hälftassen	21,5	27,0	56,6

Noch es wird gemitteilt, daß diejenigen Ortskassen welche die Unterstützung noch nicht jenseitig ausgedehnt hatten, noch nach jüngeren werden. Dies wäre zu erwünschen, zumal die in den Ortskassen versicherten Arbeiterschaften doch auf genügende Fürsorge in Krankenhäusern haben, wie die in freien Kassen verstreuten. Doch das Beispiel, welches die Zwangskassen in Gruben und Gängen seit ihrem Bestehen rauherhand vor Augen gehabt haben, ist nach ehriger Statistik gerade nicht verschieden. Und ich beweise jetzt erst recht, daß auch ihnen die Anstrengung im Anfang des Jahres den größten Theil des angekündigten Unterstützungsduars aufgeht hat, daß sie sich zu weiterer Unterstützungsduar entschließen werden.

Der Artikel legt dazu weiter, daß die beiden anderen Momente, welche ichher immer als Vorlage der freien Kassen gegolten haben, nämlich die Zollverwaltung und der beliebige Ortswechsel nicht schwer in's Gewicht fallen. Was letzteren Umstand betrifft (den Ortswechsel), so kommt dieser vornehmlich nur den Mitgliedern zentralärztlicher Kassen für Güte, während die Mitglieder der Ortskassen meist schlechter gestellt sind, wie die Mitglieder der Ortskassen. So "Wichtig?" liegt die Redaktion denn der Begründung des Geistes, wonach Mitglieder der Ortskassen Mitglied beim Ortswechselbleiben können, so ungehobenen Wert bei, oder glaubt sie es sie in einer solchen Begründung ein doch großer Wert? Gar kein oder ein ganz geringer Wert steht darin! Wer von 100 wanderten Mitgliedern denkt denn innerhalb zweier Wochen an Einwendung der Beiträge an

seine alte Ortskasse? Keine zwei, behauptet ich, es müßten ja gerade solche sein, die die Transportschranken der Kasse ob ihres krafthaften Körpers oft nicht hätten überwunden davon, wer von den auf der Landstraße liegenden Arbeitern ist überhaupt in der Lage, solche Leistungen zu begleichen? Gedacht bemerkt, daß eine Drittel des Beitrages, welches seither der Arbeitgeber zahlt, soll für ein freiwilliges Mitglied fort. Also diese Behauptung war eine solche verfehlte, wie nur möglich. Und hat denn die Redaktion ganz übersehen, daß die lokalen Hälftassen zum großen Theil sich dem Deutschen Krankenfasserverband angegeschlossen haben? Gerade in diesem Verbande ist die Freizügigkeit hergestellt, so daß den Mitgliedern der zum Verband gehörenden Kassen die Mitgliedschaft nicht verloren geht. Wenn eine Anzahl von lokalen Kassen diesem Verbande nicht beigetreten ist, so wird sie diejenigen bedingen, denen die Konkurrenz der zentralärztlichen Kassen hängt sie dazu.

Die "Selbstverwaltung" schlägt der Artikel sehr hoch doch schreibt es ihm nicht, daß auch die Meiste der Arbeiter wohl Mitglieder seien, sie doch häufig, weil nun weil "überall" gesagt wurde, daß die Versammlungen schlecht belebt seien. Dies aber als Beweis abzusehen davon, daß ich im Stande bin, auch das Gegenteil zu zeigen durch Urkunden zu beweisen, namentlich aus Mittel- und Süddeutschland, muß man im Vertrat ziehen, daß die Arbeiter mit politischen und gewerkschaftlichen Betätigungen ziemlich bedacht sind, so doch auch für sie die politische Seite zum Versammlungsbesuch in Betracht kommt.

Der Artikel legt nun ferner ein Hauptgewicht auf das Mitwirken der Mitglieder freier Kassen bei dem Unfall- und Alters- und Invaliditätsrisiken. Da die Mitglieder freier Hälftassen aber von der Versicherung abgeschlossen sind, so spielt wieder die Nachahmung des Artikels in der Preisgebung der Hälftassen. Be-

trachtet man sich über die Versicherung der Arbeiter bei den angeführten Sozialreformgesetzen einmal genau, dann erkennt die Ehe noch mehr geschäftlich. Wer erinnert sich nicht der Kalsmütz mit den Vertretern der Arbeiter der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften des Rheinlandes, welche als Mitglieder des Reichsversicherungswesens einen Wint mit dem Haupthaft von ihren Arbeitgebern erhalten, doch fern zu bleiben, da ihre Hände unentbehrlich seien? Und gar erst die Vertreter der Schiedsgerichte die möglichstweise mit ihrem Arbeitgeber zusammen als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirken, wie möchte es dem Arbeitervorsteher wohl von seinem Arbeitgeber ergeben, eine andere Meinung wie "sein Herr" zu haben? Ich weiß nichts Interesse der Arbeiter zu dem Alters- und Invaliditätsgefege haben, zeigt wohl am deutlichsten die ungewöhnliche Anteuerung über die Versicherungen ihrer Krankenzeit während der letzten fünf Jahre. Bei der Centralstelle der Tischler hat sich bis jetzt ein Einziger zu solcher Bescheinigung gemeldet. Und ob dieser zweihundert Mitgliedertätigung an den genannten Gelegenheiten erscheint es bedenklich, um mit dem Artikel zu reden —, daß die Arbeiter den freien Hälftassen den Vorzug geben? Mir scheint es nicht bedenklich, daß die Arbeiter die freien Hälftassen auch ob des Verzichtes der Abhängigkeit an den übrigen Gefügen, hochhalten. Dann war es dann zweit, der Unterhalt und Fürsorge für die Kranke sorgte? Niemand wird es bestreiten wollen, daß es die Mitglieder der freien Hälftassen selber waren, noch ehe Regierung und Reichstag daran dachten. Predigt man nur soviel, daß man wolle den Zwangskassen das Wort in einem Arbeitervolksblatt, den zweihundert Tant und die zweihunderte Ehe dafür will ich jedem gerne überlassen. Ich bin auch keineswegs neidisch darüber, wenn Diejenigen, welche für die Zwangskassen Propaganda machen schließlich, wie im vorigen Jahre die Buchdrucker, als sonstige preußische Gewerbevereinte tituliert wurden, nunmehr auch als "reichste" Zwangskassenpatronen benannt werden. Das "Für" und "Wider" des Artikels liege ich noch um ein bedeutendes ausdehnen, doch will ich, da ich den Beweis durch statistisches Material geliefert habe, daß die Hälftassen wohl eine Existenzberechtigung haben, davon abbrechen und nun kurzer Hand auf den Vorwurf des Artikels eingehen, wonach gewünscht wird, daß man ob der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Zwangskassen alle vorhandenen Hälftassen zu einer einzigen zentralärztlichen vereinigen möge.

Diese Idee ist nicht neu, wie auch angegeben wird, und wird auch von mir nicht verworfen. Denn obgleich die Erstanfangshäufigkeiten bei älteren geringer sind wie bei jüngeren, so doch die durchschnittliche Dauer eines Krankheitssatzes bei den freien Kassen erheblich länger als bei den Zwangskassen und demgemäß die Aufwendung für jeden einzelnen Fall eine bedeutend höhere. Aber selbst bei Durchschnittsbetrag der geleisteten Unterstützung auf ein Mitglied berechnet, zu dessen Höhe die freien Kassen durchaus wesentlich beitragen, wird nun dennoch noch um fast zwei Prozent übertrüffen. Wo bleibt also die Minderleistung der freien Kassen gegenüber den Zwangskassen?

Über ande in Bezug auf die Behauptung daß heute schon viele Kassen bis zu 26 Wochen und darüber hinaus die Unterstützungsduar angehoben hatten, in die Annahme eine irgende, denn nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1888, wird das Gegenteil beweisen. Darum befreist sich die Unterstützungsduar wie folgt:

Wochen	13	26	über 26
Gemeinde-Krankenversicherung	100	—	—
Orts-Krankenkassen	50	16,7	3,4
Betriebs-Aktiv-Krankenkassen	67,2	19,7	11,1
Bau-Krankenkassen	97	—	—
Zinnungs-Krankenkassen	77,8	19,7	2,5
Eingeschriebene Hälftassen	33,2	27,2	29,6
Landestrechtl. Hälftassen	21,5	27,0	56,6

Noch es wird gemitteilt, daß diejenigen Ortskassen welche die Unterstützung noch nicht jenseitig ausgedehnt hatten, noch nach jüngeren werden. Dies wäre zu erwünschen, zumal die in den Ortskassen verstreuten. Doch das Beispiel, welches die Zwangskassen in Gruben und Gängen seit ihrem Bestehen rauherhand vor Augen gehabt haben, ist nach ehriger Statistik gerade nicht verschieden.

Und ich beweise jetzt erst recht, daß auch ihnen die Anstrengung im Anfang des Jahres den größten Theil des angekündigten Unterstützungsduars aufgeht hat, daß sie sich zu weiterer Unterstützungsduar entschließen werden.

Brake. Hat der betreffende Geiste nicht während der letzten 14 Tage an einem Leben vor seiner Rückkehr überwunden Allerlei gescheitert, möglicherweise zu seinen Kosten nicht gekommen und ohne daß ihm dieser garantiert war, so ist der für die letzten 14 Tage derartlich auf die verunfallten Leben, so daß man hier die Arbeitgeber das Recht von einem Arbeitstag zu einem von vierzehn aufzuhören. Brakel hat dies gemacht, und damit die Sicherungsfähigkeit einer solchen Vermögenswertsicherung ist gewahrt.

Brake. Hat der betreffende Geiste nicht während der letzten 14 Tage an einem Leben vor seiner Rückkehr überwunden Allerlei gescheitert, möglicherweise zu seinen Kosten nicht gekommen und ohne daß ihm dieser garantiert war, so ist der für die letzten 14 Tage derartlich auf die verunfallten Leben, so daß man hier die Arbeitgeber das Recht von einem Arbeitstag zu einem von vierzehn aufzuhören. Brakel hat dies gemacht, und damit die Sicherungsfähigkeit einer solchen Vermögenswertsicherung ist gewahrt.

Übergangene Woche, bei 14-tägiger für die letzten zwei Wochen usw.

Briefkasten der Redaktion.

Wolfsbüttel, 2. B. Nein! Zur Agitation verordnen

Markendorf, 2. B. Ich, 2. in Chemnitz ist uns möglich, um Sie 14-tägig zu senden, selbstverständlich legen wir dann keine Zeichnungen bei, wenn es nicht ausdrücklich verlangt wird.

Barmen, 2. Der Beitrag von 20 p. für ein